LINKS-rheinische

Zeitung der Linksfraktion im Rat der Stadt Bonn
Winter 2023/24

Die Linke

Bonner Verkehr
Der Tod der Innenstadt?

Frankenbad
Ein Lösungsversuch

Bonn-Ausweis
Mehr Leistung für mehr Menschen

Liebe Bonnerinnen und Bonner,

eine Zeitung der Linksfraktion im Briefkasten? Haben die Medien nicht jüngst über die Auflösung der Linksfraktion berichtet, über Spaltung und Niedergang? Für Bonn gilt das jedenfalls nicht!

Seit 2009 existiert im Bonner Stadtrat eine Linksfraktion, die von Kommunalwahl zu Kommunalwahl an Stimmen und Unterstützung aus der Bonner Bevölkerung zugelegt hat. Das ist für die heute vier Stadtratsmitglieder unserer Bonner Linksfraktion weiter Verpflichtung, weshalb von uns niemand auch nur darüber nachdenkt, zu einem neuen Parteiprojekt zu wechseln, das sich rund um eine vermeintliche Heilsfigur formiert.

Wir bleiben links, wir bleiben sozial und solidarisch. Das heißt für uns, konkrete Politik zu machen für Menschen und Familien, diejenigen, die sonst nicht im Mittelpunkt stehen und die finanziell kämpfen müssen. Dafür braucht es Umverteilung von oben nach unten und Politik, die sich traut, sich mit Reichen und Mächtigen anzulegen. Politik gegen Minderheiten und Geflüchtete braucht demgegenüber keinen Mut, sie tritt nach unten. Das ist weder sozial noch solidarisch und auch nicht links. Eine solche Politik unterstützen wir nicht, wir bekämpfen sie. In dem Sinne bleibt die Linksfraktion im Bonner Stadtrat auch in Zukunft stabil.

Ich wünsche für das neue Jahr Ihnen und Ihren Familien alles Gute,

Dr. Michael Faber, Fraktionsvorsitzender

Inhalt

2 Editorial

3 Heilige Allianz für mehr Parkplätze

4 Mehr Frauenhaus-Plätze in Bonn

5 Mehr Leistung für mehr Menschen: der neue Bonn-Ausweis

6 Landesbehördenhaus: Kein Ankauf zu diesen Konditionen

7 Frankenbad – bis zum bitteren Ende? Ein Lösungsversuch

8 Saubere Arbeit

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn
Vorsitz: Dr. Michael Faber
Redaktion: Tobias Haßdenteufel (V.i.S.d.P.)
Druck: druckladen bonn GbR

Alle Bildrechte liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, beim Herausgeber.

Die LINKS-rheinische erscheint zweimal jährlich. Kostenfreies Abonnement unter:

Linksfraktion Bonn
Rathausgasse 5-7
53111 Bonn

Mail: linksfraktion@bonn.de

Heilige Allianz für mehr Parkplätze

Die Debatte um die Bonner Verkehrspolitik erhitzt weiter die Gemüter. Die Umgestaltung der Adenauerallee hat dabei einen neuen Akteur auf den Plan gerufen.

von Patrick Tollasz, verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion

Was ist von einer stadtweiten Kampagne zu halten, die Parkraumschutzgebiete fordert und sich eine „ausgewogene Verkehrspolitik für mehr Kauflust“ wünscht? Es ist nicht schwer zu erraten, dass unter dem neuen Label „Vorfahrt Vernunft“ die üblichen Verdächtigen aus Bonner Wirtschaft und Einzelhandel zusammengekommen sind, um wieder einmal lautstark den bevorstehenden Tod der Bonner Innenstadt (soll heißen der dortigen Geschäfte) aufgrund einer ideologischen und verfehlten Verkehrspolitik zu beklagen, die wir als Linksfraktion als Teil der aktuellen Ratsmehrheit mitbestimmen. Dass nicht zuletzt dank Parkhäusern und Tiefgaragen die Erreichbarkeit der City nach wie vor gesichert ist und auch Menschen mit Fahrrad, die einen leichteren und sichereren Weg in die Innenstadt haben sollen, dort Geld ausgeben können – geschenkt. Auch wenn man sich Vernunft groß auf die Fahnen schreibt, muss das schließlich noch nichts heißen. Spirituellen Beistand bekam die Kampagne von Münsterpfarrer Wolfgang Picken, der im Gegensatz zu seinem aus Film und Fernsehen bekannten Amtskollegen Don Camillo offenbar kein großer Fahrradfreund ist.

Aktuell entzündet sich die Debatte vor allem am Thema Adenauerallee, die zugunsten von Rad- und Fußverkehr in Zukunft für Autos in beide Richtungen nur noch einspurig geführt werden soll. Dass das für den Autoverkehr Einschränkungen bedeutet, ist unbestritten. Welche Konsequenzen sich daraus genau ergeben, soll ein dreimonatiger Verkehrsversuch Anfang 2024 klären, der die neuen Bedingungen mit temporären Markierungen testet. Dessen ungeachtet halten wir es als Linksfraktion weiterhin für unverzichtbar, dem Rad- und Fußverkehr mehr Raum in unserer Stadt zu geben. Nicht nur wegen des Klimawandels, sondern weil das aus unserer Sicht auch mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität schafft. Das bedeutet tatsächlich Vorfahrt für vernünftige Verkehrspolitik – alles andere führt ohne Tempolimit in die Sackgasse.

Mehr Frauenhaus-Plätze in Bonn

Häusliche Gewalt in Deutschland nimmt zu, Frauenhäuser bieten Schutz für Betroffene. Die Zahl der Plätze in Bonn haben wir deshalb erhöht.

von Julia Schenkel, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion

Für viele Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind, ist die einzige Zufluchtsmöglichkeit ein Frauenhaus. Doch die Zahl der Plätze in NRW ist insgesamt zu gering und die Finanzierung oft schwierig, worauf die diesjährige Kampagne „Rauf die Plätze“ der Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser NRW e.V. aufmerksam macht. In Bonn ist die Zahl der Schutzplätze in den letzten beiden Jahren immerhin um rund 40 % angestiegen, da die Trägervereine zusätzlich Geld aus dem städtischen Haushalt erhalten haben. Auf Initiative der Linksfraktion werden im Haushalt jährlich 250.000 Euro zusätzlich bereitgestellt, um zumindest hier in Bonn die Zahl der gesicherten Plätze deutlich erhöhen zu können. So konnten mit einem Teil des Geldes nicht nur 15 weitere Schutzplätze geschaffen, sondern zusätzlich auch ein Programm „Wohnraumfinden“ finanziert werden, das in Frauenhäusern lebenden Frauen hilft, schneller wieder eine eigene Wohnung zu finden. Wir werden darauf achtgeben, dass das zusätzliche Geld auch weiter in vollem Umfang eingesetzt wird.

Links wirkt!

Klimaticket kommt: Der Bonner Stadtrat hat 2023 den Klimaplan beschlossen, mit dem die Stadt bis 2035 klimaneutral werden will. Durch einen Änderungsantrag haben wir festgelegt, dass damit auch bestimmte Ticketpreise für Bus und Bahn sinken: Das 24-Stunden-Ticket für bis zu fünf Personen soll in Zukunft statt 15,60 nur 9,50 Euro kosten. Denn ein attraktiver ÖPNV ist unverzichtbar, wenn man im Verkehrsbereich CO_2 sparen will.

Hilfe fürs Tierheim: Die Versorgung von Fundtieren ist eine städtische Aufgabe, die in Bonn durch das Tierheim übernommen wird. Das braucht dafür aber auch eine ausreichende finanzielle Unterstützung durch die Stadt – und gerade jetzt werden besonders viele Tiere heimatlos, die während der Pandemie gekauft wurden. Den städtischen Zuschuss für die nächsten fünf Jahre für das Tierheim haben wir deshalb verdoppelt.

Mehr Leistung für mehr Menschen: der neue Bonn-Ausweis

Mit dem Bonn-Ausweis haben Menschen mit geringeren Einkommen Anspruch auf vergünstigte Leistungen der Stadt u.a. für Bus und Bahn. Davon können jetzt noch mehr Menschen profitieren.

von Claudia Falk, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion

Früher war zwar mit Sicherheit nicht alles besser. Aber dass sich heute viel mehr Menschen als noch vor ein paar Jahren wegen Energiepreisen und Inflation Sorgen um den Lebensunterhalt machen müssen, lässt sich schwer bestreiten. Das trifft vor allem Empfänger*innen von staatlichen Transferleistungen, aber das Problem geht darüber hinaus und ist längst bei Menschen etwa mit Vollzeitjob angekommen. Nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern auch kommunal müssen wir auf diese Entwicklung reagieren.

Ein zentrales Instrument für gesellschaftliche Teilhabe in unserer Stadt ist der Bonn-Ausweis. Durch ihn bekommt man zum Beispiel 50 % Nachlass auf den Eintritt in Schwimmbäder, freie Mittagsverpflegung in Kita und Schule sowie günstigere Tickets im ÖPNV – den Preis für ein Monatsticket im Abo haben wir vor Kurzem auf 19 Euro deutlich abgesenkt. Ebenfalls auf unsere Initiative hin haben wir jetzt in einem zweiten Schritt den Kreis der Bonner*innen erweitert, die den Ausweis erhalten können. Denn während Transferleistungsempfänger*innen das Dokument – endlich im Scheckkartenformat – automatisch zugeschickt wird, müssen alle anderen selbst auf der Website der Stadt mit dem Bonn-Ausweis-Rechner prüfen, ob sie abhängig von ihrem Einkommen Anspruch auf den Ausweis haben, und ihn dann beantragen. Die Einkommensgrenze für diese Prüfung haben wir hochgesetzt, so dass ab sofort deutlich mehr Menschen das Recht auf einen Bonn-Ausweis haben: Wir rechnen mit 10.000 Haushalten zusätzlich. Mehr Bonn-Ausweise kosten die Stadt mehr Geld, die Mittel im aktuellen Haushalt haben wir deshalb um gut 2,5 Mio. Euro erhöht.

Wir hoffen, dass möglichst viele Bonner*innen von dem Angebot Gebrauch machen – auch Kinder und Rentner*innen können von den Leistungen profitieren. Die Stadt zeigt sich damit in schwieriger Haushaltslage solidarisch mit Menschen, die unverschuldet in Probleme geraten sind. Und wir zeigen, dass es uns ernst ist mit unserem Einsatz für ein sozialeres Bonn.

Landesbehördenhaus: Kein Ankauf zu diesen Konditionen

In der Theorie wäre das Grundstück an der B9 ein Platz, um in städtischer Hand Wohnungen zu bauen. Doch das Land NRW als Verkäufer stellt Bedingungen, die die Stadt nicht akzeptieren sollte.

von Holger Schmidt, planungspolitischer Sprecher der Linksfraktion

Der Mehrheit des Stadtrates erscheint es noch als ein gutes Geschäft – der Linksfraktion nicht mehr: der Erwerb des alten Landesbehördenhauses nebst Grundstück von ca. 50.000 m² an der B9 vom Land NRW, um darauf Verwaltungsgebäude, Schule und Wohnungen zu bauen. Außer der Sorge vor der Größe des Projekts wäre wenig dagegen einzuwenden, wenn nicht das Land NRW mit seinem Immobilienbetrieb (BLB) Bedingungen diktieren würde, die es in sich haben. Zum einen ist da der Preis samt den Herrichtungskosten des Geländes, zusammen eine Summe von bis zu 80 Mio. Euro; zum anderen die gesetzte Frist von zwölf Jahren, nach denen das Gelände fertiggestellt sein muss, um erhebliche Strafzahlungen zu vermeiden. Zwölf Jahre mögen sich zunächst nicht wenig anhören, sind aber für eine solche Fläche mit Bestandsbebauung, ohne Planungsrecht und genaue Konzeption sowie vielfältige Nutzungen sehr sportlich. Aus Sicht der Linksfraktion ist das Risiko zu hoch, dass unter dem zeitlichen und finanziellen Druck das Ziel eines städtebaulich und architektonisch ansprechenden Quartiers verfehlt – und der gewünschte Anteil von 50 % günstigem Wohnraum nicht erreicht wird. Einen Hinweis darauf bietet bereits der geplante Verzicht auf einen echten städtebaulichen Wettbewerb, wie er hier unabdingbar wäre.

Sicher, die Stadt kann bis 2026 noch vom Kauf des Geländes zurücktreten. Doch bis dahin wird viel Geld für die Planung eines Projekts eingesetzt, das zu diesen Kaufbedingungen nicht vertretbar ist. Hinzu kommt für uns, dass die Stadt ihr Grundstück im Viktoriakarree endgültig an das Land verkaufen muss und es nicht in Erbpacht vergeben darf. Den Vertragsabschluss mit dem Land – ebenso wie den Verkauf der Flächen des Viktoriakarrees – haben wir im Stadtrat deshalb abgelehnt.

Frankenbad – bis zum bitteren Ende? Ein Lösungsversuch.

Die unendliche Geschichte um die Sanierung des Frankenbads ist auch eine Geschichte der gebrochenen Versprechen von Kommunalpolitik und Verwaltung. Wir wollen das ändern.

von Jürgen Repschläger, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion

Bekanntlich steht das im Juni 1963 eröffnete Frankenbad in der Bonner Nordstadt seit 1996 unter Denkmalschutz. Daraus ergibt sich für die Stadt Bonn als Eigentümerin in erster Linie die Verpflichtung, das Gebäude für kommende Generationen zu erhalten, sprich vor Baufälligkeit zu schützen, und bei Notwendigkeit zu sanieren. Dies hinderte die schwarz-grüne Ratsmehrheit in der vergangenen Ratsperiode aber nicht daran, unter CDU-Oberbürgermeister Sridharan auf einen Schwimmbadneubau, nämlich ein Zentralbad in Kessenich zu setzen und damit das Frankenbad zur Disposition zu stellen. Glücklicherweise stoppte 2018 ein Bürgerentscheid dieses Vorhaben. Die Bürger:innen dieser Stadt wünschten sich weiterhin schnell zu erreichende Quartiersbäder. Somit schien das Frankenbad gerettet, zumal die aktuelle Oberbürgermeisterin Katja Dörner und die Ratsmehrheit aus SPD, Grünen, LINKEN und Volt im Koalitionsvertrag die prioritäre Sanierung des Frankenbades im Bonner Stadtbezirk bekräftigte. Faktisch blieb aber alles beim Alten, obwohl vom Rat die Sanierungsbeschlüsse gefasst wurden, für die auch wir uns immer eingesetzt hatten. Bis auf ein paar mühsam erstrittene Notreparaturen geschah trotzdem nichts. Die vertagten Anträge, die nach wie vor noch nicht mal in Angriff genommene Umsetzung der Beschlüsse, die ausweichenden Stellungnahmen der Verwaltungen … sie sind kaum noch zu zählen. Als vorläufigen negativen Höhepunkt hat nun das Städtische Gebäudemanagement (SGB) den Ratsbeschluss (!) zur Sanierung des Frankenbades eigenmächtig abgeändert. Per Handstreich wurde aus dem Sanierungsbeschluss ein Beschluss zur Prüfung der Sanierungsfähigkeit gemacht, wobei noch das Erstaunlichste ist, dass die Verwaltungsspitze hier nicht interveniert hat. Für die Linksfraktion, die immer zum Frankenbad gestanden hat, ist damit das Ende unserer arg strapazierten Geduld erreicht.

Wir haben deshalb zuletzt auch gegen Teile unserer Koalition eine sinnvolle Initiative des Fördervereins der Frankenbadfreunde unterstützt. Darüber hinaus schlägt die Linksfraktion vor, die Sanierung aus dem Zuständigkeitsbereich des SGB herauszulösen und eine gesonderte Struktur explizit für die Sanierung des Frankenbades zu installieren. Ohne eine solche Kraftanstrengung sehen wir die Geschichte des Bades zu einem bitteren Ende kommen. Dies wollen wir unter allen Umständen verhindern.

Bild: Elf-Moondance (pixabay.com)

Saubere Arbeit

(Mangelnde) Sauberkeit in Schulen ist ein Dauerthema – genauso wie die problematischen Arbeitsbedingungen für Reinigungskräfte. Die Stadt lässt ihre Gebäude bisher durch externe Firmen reinigen. Doch in privaten Unternehmen gibt es oft strenge Zeitvorgaben für die Reinigungskräfte, damit die Arbeit möglichst schnell und günstig erledigt wird – auf Kosten der Sauberkeit und auf dem Rücken der Beschäftigten.

Als Modellprojekt hat die Stadt auf unsere Initiative hin deshalb jetzt an mehreren Schulen und Kitas Personal für die Reinigung wieder selbst eingestellt statt ausgeschrieben, natürlich mit allen Vorteilen einer sozial abgesicherten Beschäftigung für die neuen Mitarbeitenden. Ein Anfang, der unserer Meinung nach Schule machen sollte.

Drei kurze Zwischenfragen

an **Angela Trinkert**, Sprecherin der Linksfraktion im Unterausschuss Denkmalschutz

1. Warum engagierst Du dich in der Kommunalpolitik?
Mir war es wichtig, mich (wieder) mehr politisch zu engagieren. Die Kommunalpolitik bot sich an, da sie nah an meiner eigenen Lebensrealität dran ist. Ich habe mich als Sachkundige Bürgerin für den Unterausschuss Denkmalschutz gemeldet, weil ich berufsbedingt vom Bauen und vom Baubestand noch am meisten Ahnung habe. Bauten, Quartiere oder Anlagen aus früheren Zeiten erzählen Geschichten und tragen zu einer abwechslungsreichen und lebendigen Atmosphäre in unserer Stadt bei. Außerdem schont der Erhalt von Bestandsbauten, ob mit oder ohne Denkmalschutz, unsere Ressourcen, im Gegensatz zu einer „Wegwerfmentalität“ beim Bauen.

2. Wo trifft man dich in Bonn, wenn Du nicht im Ausschuss bist?
Da ich ein unruhiger Geist bin und mich für vieles interessiere: überall und nirgends oder zu Hause auf dem Sofa.

3. Wenn ich eine Sache in Bonn sofort ändern könnte, dann wäre das ...
... ausreichend bezahlbaren, kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnbau mit hoher Lebensqualität (auch noch in 100 Jahren) zu schaffen, ohne dafür neue Flächen versiegeln zu müssen.